

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Im Würgegriff der Mafia aus Finanzwelt und Politik; Atomausstieg; Griechenlands Sparpaket – Steuersenkung trotz Finanznot; Das Schweigen der Ökonomen; Vogel erwartet soziale Proteste in Deutschland; Konjunkturdaten: Deutschland hat Europa ruiniert nun zieht die Exportwirtschaft weiter; Dani Rodrik – Gute Ökonomie braucht Demokratie; So lebt das reichste Prozent der Deutschen; Antoine Math, In einer inegalitären Gesellschaft sind Lohnkürzungen unerträglich; Neue Protestbewegungen in Europa; Mehr EHEC-Infektionen durch artwidrige Nutztierfütterung?; Referentenagentur Bertelsmann; Sudan: Abgebrannt und ausgeraubt; NS-Gedenkstätte Sobibor geschlossen; Wo der Palästinenser-Schal fröhlich flattert; Grüne: Realos, Ressentiment, Repression; SPD findet Antworten auf Eurokrise; Spiegel: so viele Kiosk-Flops wie noch nie; Empört Euch (RS/MB/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

- 1. Im Würgegriff der Mafia aus Finanzwelt und Politik
- 2. Atomausstieg
- 3. Griechenlands Sparpaket Steuersenkung trotz Finanznot
- 4. Das Schweigen der Ökonomen
- 5. Vogel erwartet soziale Proteste in Deutschland
- 6. <u>Konjunkturdaten: Deutschland hat Europa ruiniert nun zieht die Exportwirtschaft</u> weiter
- 7. Dani Rodrik Gute Ökonomie braucht Demokratie
- 8. So lebt das reichste Prozent der Deutschen
- 9. Antoine Math, In einer inegalitären Gesellschaft sind Lohnkürzungen unerträglich
- 10. Neue Protestbewegungen in Europa
- 11. Mehr EHEC-Infektionen durch artwidrige Nutztierfütterung?
- 12. Referentenagentur Bertelsmann
- 13. Sudan: Abgebrannt und ausgeraubt
- 14. NS-Gedenkstätte Sobibor geschlossen
- 15. Wo der Palästinenser-Schal fröhlich flattert
- 16. Grüne: Realos, Ressentiment, Repression
- 17. SPD findet Antworten auf Eurokrise
- 18. Spiegel: so viele Kiosk-Flops wie noch nie
- 19. Empört Euch

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, <u>dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.</u>



1. Im Würgegriff der Mafia aus Finanzwelt und Politik

Die Finanzkrise war kein Unfall. Europas oberster Korruptionsbekämpfer spricht von einem Milieu, in dem Bereicherung Ziel des Handelns ist. Und die Politik macht mit. Kaum einer kennt sich in der Organisierten Kriminalität so gut aus wie Wolfgang Hetzer. Und kaum ein anderer ist so tief in die Machenschaften von Finanzmanagern und Politikern vorgedrungen, die schließlich zur Finanzkrise und der europäischen Schuldenkrise führten. In seinem Buch "Finanzmafia" spricht er von einer "Leitkultur der Korruption"...

Die Politik hat zugelassen, dass Finanzunternehmen nicht alle ihre Geschäfte in der Bilanz aufführen, sondern verheimlichen. Sie hat zugelassen, dass Banken ihre Risiken nicht mit ausreichend Eigenkapital unterfüttern mussten. Sie hat den Eigenhandel der Finanzinstitutionen mit Finanzprodukten nicht so eingeschränkt, wie es erforderlich gewesen wäre. Sie hat zugelassen, dass Kreditrisiken bis zu 100 Prozent weitergegeben wurden. Und oft genug überlässt sie die Gesetzesarbeit gleich den Finanzinstitutionen...

Norbert Blüm sagt, der Staat sei zum Schmierensteher von Zockern geworden. Jetzt muss der Schmierensteher für das Treiben der Zocker einstehen. Er ist der Bürge der Milliardenverluste. Er bekommt die Rechnungen präsentiert.

Quelle: WELT

Anmerkung WL: Siehe auch die Rezension: Wolfgang Hetzer, "<u>Finanzmafia – Wie Banken und Banditen unsere Demokratie gefährden"</u>

2. Atomausstieg

a. Ausstieg aus der Kernenergie - Atomkonzerne legen sich mit Merkel an Die Atomlobby rebelliert gegen den Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung. Deutschlands größter Energiekonzern Eon will das Festhalten an der Brennelemente-Steuer juristisch anfechten, nach SZ-Informationen erwägt auch RWE neue Klagen. Die Stromversorger befürchten einen Milliardenausfall – allerdings will die Bundesregierung den Kraftwerksbetreibern weiter entgegenkommen, als bislang bekannt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

b. AKW-Gegner fürchten die Abschaltung

Das Ausstiegs-Datum ist ihnen zu spät, der Ausbau der regenerativen Energien zu klein, der Rückgriff auf Kohlekraftwerke zu großzügig. Außerdem bemängeln sie, dass die neun neueren AKW wohl erst 2021 und 2022 vom Netz gehen werden Während Schwarz-Gelb-Rot den Weg in ein neues Energie-Zeitalter feiert, sind die Grünen am Nörgeln.



Sie stecken in der Klemme. Manche reden sogar schon von der Sinnkrise. Denn, egal wie sich die Grünen am Ende zum Koalitionsbeschluss positionieren - das grüne Herzensthema hat Merkel weitestgehend abgeräumt. Könnte der Start zum Atomausstieg gleichzeitig das Ende des grünen Höhenflugs bedeuten? Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unseres Lesers F.H.: Die Peinlichkeiten nehmen kein Ende. Leider stimme ich mit AM überein, dass das letztendlich verfangen wird. Das war sicherlich nicht der letzte Artikel dieser offensichtlichen Kampagne. Es hilft nur Aufklären im Kreis der Verwandten, Bekannten, Nachbarn...

c. Zwei Regierungen, zwei Atomausstiege - Der Knick im Konzept Rot-Grün wollte den Ausstieg kontinuierlich vollziehen, Schwarz- Gelb legt acht Meiler auf einmal still - dann kommt lange nichts. Halbherzig, klagen Umweltverbände.

Das Enddatum ist ähnlich, doch die bis dahin zu gehenden Wege führen klar voneinander weg: Der aktuelle schwarz-gelbe und der frühere rot-grüne Atomausstieg sind völlig unterschiedlich angelegt. Während das ursprüngliche Konzept auf einen kontinuierlichen und berechenbaren Ausstieg setzte, erfolgt jetzt ein abrupter großer Schritt - und dann womöglich zehn Jahre lang gar nichts mehr.

Ouelle: taz

3. Griechenlands Sparpaket - Steuersenkung trotz Finanznot

Kommt Griechenland wieder auf die Beine? Die EU fordert von dem Land einen strikten und überprüfbaren Sparkurs - nur dann soll es weitere Finanzhilfen geben. Doch offenbar gehört zum Sparpaket nun plötzlich eine Steuersenkung. Das klingt paradox - scheint aber nötig zu sein.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung RS: Die Schlagzeile ist ein ganz übler Trick der Meinungsmache. Erstens sollen die Griechen wieder als vermeintlichen Schmarotzer an den Pranger gestellt werden, weil sie "trotz Finanznot" Steuern senken wollen. Das soll einerseits diejenigen sich bestätigt fühlen lassen, die "die Griechen" ohnehin für ein Schmarotzervolk halten. Gleichzeitig wird die Formulierung "Steuersenkung", die man inzwischen erfahrungsgemäß als Entlastung der Reichen versteht, dazu benutzt, um diejenigen dagegen zu stimmen, die für eine Entlastung des Volkes plädieren, obwohl es sich in diesem Fall um eine Entlastung des Volkes durch eine Senkung der Mehrwertsteuer handelt. Meinungsmache vom Besten.



4. Das Schweigen der Ökonomen

Es dürfte wohl kaum jemanden in Deutschland geben, der in den vergangenen Tagen und Wochen nicht mit den dramatischen Thesen von Hans-Werner Sinn zur Rettung beziehungsweise Nicht-Rettung Griechenlands konfrontiert wurde.

Sinns Thesen beruhen auf einer sachlich falschen Grundlage, ausgehend von einigen ganz grundsätzlichen Missverständnissen über das Wesen der Kreditvergabe und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Das kann passieren, irren ist menschlich.

Nicht passieren darf, dass dies in der ökonomischen Wissenschaft verschwiegen wird, sei es weil die Aussagen erst gar nicht überprüft werden, sei es weil man nicht den Mut hat, Hans-Werner Sinn öffentlich zu kritisieren.

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

5. Vogel erwartet soziale Proteste in Deutschland

SPD-Politiker sieht Verzweiflung und Demütigung

Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel sieht die Zeit für eine soziale Protestbewegung gekommen. Im ZDF sprach er von einer wachsenden Kluft in der Gesellschaft.

Wenn sich die soziale Kluft weiter vergrößere, könne er sich durchaus vorstellen, dass die Menschen ihrer "Verzweiflung und Demütigung" durch Proteste Ausdruck verleihen, sagte Vogel am Donnerstag in der ZDF-Sendung "maybrit illner".

"Es braucht keine Revolution"

"Bei uns braucht es keine Revolution", fügte er hinzu. Aber wenn die Menschen notfalls auch auf der Straße für soziale Gerechtigkeit einträten, "würde es unserem Land nicht schlecht tun".

Quelle: **ZDF** Heute

Anmerkung unseres Lesers F.P.: Die Hoffnung eines Alt-Sozis in Ehren, aber da dürfte ihn Schwarz-Gelb wohl enttäuschen, was man an Lindners Reaktion sehen kann. Außerdem hat er in seiner brillanten Analyse (mal wieder) vergessen, wer die Menschen überhaupt hauptverantwortlich gedemütigt hat.

Und warum eine Vermögenssteuer die mittelständische Wirtschaft gefährden soll, dürfte Lindners Geheimnis bleiben. Aber das hatten wir ja alles schon mehrfach. "Ideological phrases, anywhere?"

6. Konjunkturdaten: Deutschland hat Europa ruiniert nun zieht die Exportwirtschaft weiter

Das statistische Bundesamt hat diese Woche wieder eine Reihe Konjunkturdaten vorgelegt. Die Einzelhandelsumsätze sind im April gestiegen, die mit spezieller



Methode gemessene Arbeitslosigkeit hat im Mai die 3 Millionenmarke wieder unterschritten. Die vorherrschende Meinung ist weiterhin vom Aufschwung überzeugt, obwohl die Zweifel an der Richtigkeit nach wie vor angebracht sind. Die Umsätze im Einzelhandel sind im April gestiegen. Wie das statistische Bundesamt in seiner Meldung selber formuliert, handelt es sich dabei um ein Abbild des Ostergeschäfts. Interessant ist nun die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz. Wie das statistische Bundesamt mitteilte, ist der Güteraustausch mit den Krisenländern der Eurozone mehr oder weniger eingebrochen.

Das macht aber nichts, weil die deutsche Exportwirtschaft einfach weiterzieht. Derzeit stehen die Türkei, Russland und China sehr weit oben auf der Liste. Seit dieser Woche auch Indien, die ja in Zukunft Kampfflugzeuge auf Kredit bei uns kaufen sollen.

Quelle: tautenhahn.blog

7. Dani Rodrik - Gute Ökonomie braucht Demokratie

Dass Märkte aus dem Nichts entstehen und einfach so funktionieren, ist utopisch. Erst durch einen politisch definierten Rahmen dienen sie dem Wohl der Allgemeinheit. Quelle: FTD

8. So lebt das reichste Prozent der Deutschen

126.000 Euro Jahreseinkommen - das ist schon die Oberschicht. Sie halten das für Unsinn? Dann gehören Sie wahrscheinlich dazu. Nur ein Prozent aller Steuerzahler verdienen mehr. [...]

Es gibt viele Vorstellungen, wer zur Oberschicht gehört. Die Bildungselite, sagen die einen - und zählen den Uni-Professor dazu. Die anderen definieren die Oberschicht anhand beruflicher Macht, wonach der Brigadegeneral dazu gehörte, der auf ein Jahresbrutto von etwa 100.000 Euro kommt. Wieder andere messen die Oberschicht daran, wie viel Vermögen jemand hat, auf dem Konto und in Form von Häusern und Yachten. Oft fällt alles zusammen, eine klare Definition fehlt. Und doch wird fast jeder zustimmen: Das reichste Prozent der Deutschen, gemessen am laufenden Einkommen - diese Menschen gehören auf jeden Fall zur Oberschicht. Haben Vermögensforscher doch bewiesen, dass die meisten Menschen durch eigene Arbeit reich werden und eher selten allein durch Erbschaft.

Wer zum obersten Prozent gehört, das zeigt die Einkommensteuer. Die muss jeder zahlen, sie orientiert sich am größten Teil der Einkünfte – nicht nur am Arbeitslohn, sondern auch an den Erträgen aus dem Vermögen. Eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung zeigt, dass die Ein-Prozent-Grenze unter den Steuerzahlern bei 126.000 Euro im Jahr liegt. Könnte man in der Gesamtstatistik die Millionen von ärmeren Bundesbürgern berücksichtigen, für die sich das Finanzamt gar nicht interessiert, würde die Ein-Prozent-Gruppe sogar noch größer - und die Einkommensgrenze entsprechend



niedriger. Quelle: <u>FAZ</u>

Anmerkung Jens Berger: Interessante Zahlen, die die FAZ da herausgesucht hat. Leider ist das zu versteuernde Einkommen jedoch nur ein vager Indikator für die echte Einkommenssituation. Wenn man sich beispielsweise die Luxuskarossen in Sylt anschaut, so sieht man fast ausschließlich "Firmenwagen", die von Freiberuflern und Unternehmen voll als Betriebskosten abgesetzt werden und das zu versteuernde Einkommen drücken. Relativ verlässlich ist dieser Indikator eigentlich nur bei abhängig Beschäftigten und Beamten.

9. Antoine Math, In einer inegalitären Gesellschaft sind Lohnkürzungen unerträglich

Es besteht grundsätzlich das Risiko, dass die verordnete Medizin die Krankheit weiter verschlimmert. Die Auswirkungen von staatlichen Ausgabenkürzungen auf das Wirtschaftswachstum sind dermaßen rezessiv, dass die beabsichtigte Haushalts-Sanierungswirkung vom Rückgang der Steuereinnahmen "weggefegt" werden kann. So kann man etwa annehmen, dass die portugiesische Volkswirtschaft in den Jahren 2011 und 2012 um jeweils 2 % schrumpfen wird. Damit würde auch das Ziel der Beruhigung der Finanzmärkte nicht erreicht werden und die Auflegung immer neuer Sparpläne verschlechtert die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit eines Staates. In der jüngsten Geschichte waren nur Kanada und die nordischen Länder in den 1990er Jahren Beispiele für erfolgreiche Staats-Ausgabenkürzungen ohne gleichzeitige wirtschaftliche Krise. In beiden Fällen herrschten jedoch besondere Umstände: Kanada konnte auf die amerikanische Importnachfrage bauen, die nordischen Länder konnten - was in der Euro-Zone ausgeschlossen ist - ihre Währungen abwerten... Es ist ein Ding, Sparanstrengungen Ländern mit funktionierender Redistributionspolitik zu verordnen. Ein anderes Ding ist es jedoch, über staatliche Ausgabe-Kürzungen in Ländern mit massiver gesellschaftlicher Inegalität Arbeitnehmer, Rentner und Familien zu Kasse zu bitten, während gleichzeitig Aktionäre der Banken wieder Dividendenausschüttungen anhäufen.

Quelle: Le Monde vom 31.5.2011 (übertragen von Gerhard Kilper)

10. Neue Protestbewegungen in Europa

Der Soziologe Dieter Rucht über die neuen Konflikte Der Umsturz in den nordafrikanischen Ländern kam unerwartet. Er hat auch in Europa den Blick geschärft. Denn auch hier machen Jung und Alt mit Demonstrationen

ihrem Ärger Luft. Seit rund zehn Jahren erleben auch die demokratisch verfassten westeuropäischen



Nationen zum Teil gewalttätige Ausschreitungen und Demonstrationen; vor allem junger Bürgerinnen und Bürger, die mehr Teilhabe und mehr Zukunftschancen einfordern, gegen die Selbstbedienungsmentalität der älteren Generation protestieren oder sich – wie in den französischen Banlieues – gegen einen vermeintlich neuen Rassismus und soziale Unterprivilegiertheit zur Wehr setzen.

Gibt es vergleichbare Ursachen und Motive für diese neuen europäischen Protestbewegungen? In welchen Formen äußern sie sich, und warum gerade jetzt verstärkt?

Dieter Rucht, Konfliktforscher und Soziologe am Wissenschaftszentrum Berlin WZB, beschäftigt sich seit Jahren mit Protestbewegungen in Europa und den USA. Quelle: <u>DLF Audio-on-Demand</u>

11. Mehr EHEC-Infektionen durch artwidrige Nutztierfütterung?

Warum tauchen EHEC- Infektionen erst seit den 80-er Jahren auf? Womöglich deshalb, weil die Verbreiter der Keime – die Rinder – artwidrig mit Getreide gefüttert werden. Quelle: Ärztezeitung

Anmerkung Jens Berger: Man sollte jedoch auch bedenken, dass die EHEC-Bakterien vor allem bei Wildfleischproben <u>festgestellt wurden</u>. Natürlich ist es richtig, dass man in alle Richtungen schaut, um die Quelle der mysteriösen neuen EHEC-Form zu identifizieren. Jedoch sollte man sich mit vorschnellen Schuldzuweisungen lieber zurückhalten. Wer sich für die Hintergründe interessiert, dem sei das Interview mit dem Mikrobiologen Michael Lohoff in der Sendung "HR2 Der Tag – Wenn die Gurken Trauer tragen" empfohlen.

12. Referentenagentur Bertelsmann

Quelle: Referentenagentur

Anmerkung WL: Wenn Sie sich gewundert haben sollten, warum Hans-Olaf Henkel, Gertrud Höhler, Sascha Lobo, Tanjana D. Strobel und andere so oft in Talk-Shows erscheinen, dann liegt einer der Gründe, dass diese sich durch Bertelsmann verkuppeln lassen.

13. Sudan: Abgebrannt und ausgeraubt

Zehntausende Südsudanesen sind nach dem Einmarsch der nordsudanesischen Armee geflohen. Sie berichten grausige Geschichten. Satellitenbilder beweisen die Verbrechen. Doch bald werden die Flüchtlinge vollends von Hilfe abgeschnitten sein. Quelle: Frankfurter Rundschau



14. NS-Gedenkstätte Sobibor geschlossen

Neben Auschwitz-Birkenau, Treblinka oder Belzec gilt Sobibor weltweit als Holocaust-Symbol. Die NS-Gedenkstätte in Polen kämpft seit langem mit Geldproblemen. Nun hat der Leiter der Einrichtung das Museum dicht gemacht. [...]

Und als Mann klarer Worte macht Bem auch keinen Hehl aus seiner Meinung über die deutsche Verantwortung für die NS-Gedenkstätten: "Das ist die deutsche Geschichte, daher sollten die Deutschen, nicht der polnische Staat, die Kosten tragen".

Quelle: **ZDF** Heute

Anmerkung Jens Berger: Das ist eine wahre Schande. Es ist in der Tat unverständlich, warum der deutsche Staat oder eine der zahlreichen deutschen Stiftungen die Kosten für die Gedenkstätte nicht trägt.

15. Wo der Palästinenser-Schal fröhlich flattert

Von Ian Fleischhauer

Kritik an den Juden gehört in Deutschland Gott sei Dank schon lange nicht mehr zum Repertoire von Politikern. Ausgerechnet in der Linkspartei scheint aber so mancher entschlossen, dieses Tabu zu brechen. Der härteste Antisemitismus findet sich nicht nur auf der extremen Rechten, sondern immer wieder auch bei der radikalen Linken. Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung AM: Das ist schon mindestens 4. Beitrag dieser 'Art. Erst in der FR (Dumont), dann in einer Dumont-Zeitung im Osten, dann Tagesspiegel Holtzbrinck. Es macht die Runde. Es verfängt.

dazu: Am Pranger im Parlament

Die Linke und der Antisemitismus: Anmerkungen zu einer Debatte des Bundestages von Norman Paech

Die Vorlage, die CDU und FDP dafür benutzten, war ein Pamphlet zweier einschlägig bekannter sogenannter antideutscher »Wissenschaftler«, welches von der Presse in die Öffentlichkeit lanciert worden war. Diese »Studie« ist wissenschaftlich wertlos und von solch lausiger Qualität, daß sie notgedrungen jeden disqualifizieren muß, der sich davon inspirieren läßt. Und so war denn auch diese »Aktuelle Stunde«, in der elf Redner und eine Rednerin eine Kollegin vor sich hertrieben, um eine Fraktion fertigzumachen.

Die Schwierigkeit jeder Antisemitismusdiskussion beginnt mit dem Begriff. Was ist eigentlich unter Antisemitismus zu verstehen? Die Abgeordneten haben keinen Begriff, die beiden Autoren ebenfalls nicht, obwohl sie sich auf eine Arbeitsdefinition der



Europäischen Union berufen. Legt man diese allerdings dem Verhalten der Linkspartei als Maßstab an, wird die Substanzlosigkeit der Vorwürfe sofort klar. Wenn alle diese Kriterien also nicht den Nachweis des Antisemitismus erbringen können, muß ein Sammelsurium anderer Sonderbarkeiten her, um zumindest den Eindruck des Antisemitismus zu stabilisieren: eine Internetseite mit eindeutig antisemitischem Emblem, von dem sich die Partei jedoch sofort distanziert und Strafanzeige gegen den Urheber erstattet hat; die Teilnahme an der Free-Gaza-Flottille, die die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens durchbrechen wollte; die Forderung, daß mit Hamas verhandelt werden muß, was auch der frühere israelische Botschafter Avi Primor fordert; ein palästinensischer Schal mit einer Landkarte von Palästina ohne die Grenzen Israels, die exakt den Landkarten entspricht, die in Israel mit der Überschrift »Israel« seit vierzig Jahren verkauft werden; die Aufforderung zum Boykott israelischer Waren, von der sich allerdings Partei- und Fraktionsspitze distanziert haben ...

Quelle: <u>Junge Welt</u>

16. Grüne: Realos, Ressentiment, Repression

Sie wollen Volkspartei werden, die Grünen. Jedenfalls die erfolgsorientierte Oberschicht der Partei, allen voran Boris Palmer, der smarte Oberbürgermeister von Tübingen. Das heißt natürlich, dass man dem Volk eine Weile aufs Maul schauen und ihm dann nach dem Mund reden muss, so wie es die anderen Parteien auch tun. Die Wirtschafts-und Sozialpolitik ist inzwischen frei austauschbar mit der von SPD, FDP und CDU/CSU. Als noch-Öko-Partei, die gegen Atomstrom ist, liegt man im Trend. Jetzt gilt es nur noch, die anderen Trends aufzusaugen, die eben, wo satte Mehrheiten locken.

Schwule Adoptiveltern, das ist sicher kein Thema, mit dem man den Trend erobert. Dann eher schon mit Versprechungen von einer Polizei, die in den Innenstädten für Ruhe sorgt. Da muss man "auch Alkoholverbote und polizeiliche Repression gegen Widerstand in den eigenen Reihen vertreten". Und wenn man schon dabei ist, muss man auch Raucher strenger verfolgen. Die sind nicht nur eine Minderheit, sie sind auch selbst schuld und stinken. Ideal.

Quelle: Feynsinn

17. SPD findet Antworten auf Eurokrise

Anders als zuletzt Peer Steinbrück in seiner Antwort auf die Bundeskanzlerin anlässlich ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat, stehen in dem neuen Papier der SPD-Fraktion die Leistungsbilanzungleichgewichte und die Forderung nach ausgeglichenen Leistungsbilanzsalden an erster Stelle. Mit Lohnzurückhaltung müsse daher Schluss sein, heißt es jetzt. Auch von Umschuldung, die Steinbrück noch ins



Spiel brachte, ist nicht länger die Rede. Eindeutig auch die Forderung nach Eurobonds und Zinsentlastung für die Krisenländer. Schließlich werden auch der einseitige Sparkurs zur Konsolidierung der Staatshaushalte in Frage gestellt und Wachstumsimpulse gefordert: "Nachhaltige Haushaltsführung ja, aber dafür ist wirtschaftliches Wachstum zwingend."

Quelle 1: Wirtschaft und Gesellschaft Quelle 2: SPD-Fraktion [PDF - 49 KB]

18. Spiegel: so viele Kiosk-Flops wie noch nie

Ganze 280.072 Exemplare wurden vom Spiegel 16/2011 am Kiosk, in Supermärkten, Tankstellen, etc. abgesetzt. Der bisherige Minusrekord seit dem Start der IVW-Heftauflagenmessung wurde damit um mehr als 15.000 Hefte unterschritten. Die drei Hefte mit den geringsten Einzelverkaufszahlen stammen damit nun alle aus dem Jahr 2011, die Flop Ten komplett aus den Jahren 2010 und 2011. Weiterhin bitter für das Hamburger Magazin: Der Gesamtverkauf der Ausgabe 16/2011 – also die Zahl inklusive Abos, sonstiger Verkäufe, Bordexemplare, etc. lag mit 907.255 nur noch knapp über der 900.000er-Marke und bedeutet ebenfalls einen neuen Minusrekord. Deutlich abgestürzt ist der Focus mit seinem Heft 16/2011: Nachdem es in der Vorwoche mit "Die Diät-Gesellschaft" und 155.703 Kiosk-Käufern noch einen Einzelverkaufs-Erfolg gab, fiel der Titel "Die große Ungerechtigkeit: Billig-Abi gegen Reifeprüfung" auf nur 98.776 Abnehmer und damit zum viertel Mal in diesem Jahr unter die 100.000er-Marke. Im Gesamtverkauf erreichte das Heft eine Auflage von 548.449.

Quelle: MEEDIA

19. Empört Euch

Französischer Publizist über Empörung, Engagement und die Deutschen Stéphane Hessel im Gespräch mit Tanya Lieske

Im Alter von 93 Jahren hat der französische Publizist Stéphane Hessel noch einmal zur Feder gegriffen und den Aufruf "Empört Euch" verfasst. Die junge wie die alte Generation sollen sich davon ermutigen lassen, zu sagen "Das passt uns nicht, wir wollen die Welt ändern", sagt Hessel.

Quelle 1: <u>Deutschlandfunk</u>

Quelle 2: Die Sendung als Audio-Datei hier oder hier